

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen der Stadt Wyk auf Föhr am Donnerstag, dem 31.05.2012, im Sitzungssaal der Amtsverwaltung.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 18:00 Uhr - 19:40 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jan-Arndt Boetius

Herr Dr. Manfred Hinrichsen

Frau Eva Lach

Herr Heinz Lorenzen

Vertreter für Jürgen Huß

Herr Volker Meuche

Herr Peter Potthoff-Sewing

Vertreter für Arne Arfsten

Herr Paul Raffelhüschen

Vertreter für Erland Christiansen

Herr Eberhard Schaefer

Herr Wilhelm Sieck

Herr Volker Stoffel

Frau Christine Thomsen

von der Verwaltung

Herr Marco Christiansen

Schriftführer

Herr Jörg Michelsen

Amtsleitung Ordnungsamt

Seniorenbeirat

Frau Margarete Christiansen

Vertretung für Volker Kahl

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Arne Arfsten

Herr Erland Christiansen

Herr Jürgen Huß

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Genehmigung der Niederschrift über die 8.Sitzung
- 4 . Einwohnerfragestunde
- 5 . Parkraumbewirtschaftung am Südstrand sowie an strandnahen Bereichen
- Offener Brief der Initiative für einen gästefreundlichen Fremdenverkehr-
- 6 . Bericht der Verwaltung
- 7 . Antrag der SPD bezüglich der Situation der Märkte
- 8 . Verschiedenes

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die 9. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen. Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

2. Anträge zur Tagesordnung

Der Vorsitzende verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion vom Februar diesen Jahres, der zum Inhalt hat, die Situation der Märkte zu überprüfen. Der Antrag wurde von der Stadtvertretung an den Ausschuss für öffentliche Einrichtungen verwiesen.

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag, den Antrag als TOP 7 in die Tagesordnung aufzunehmen, damit die antragstellende Fraktion Gelegenheit erhält, dieses Ansinnen zu konkretisieren.

Dem Vorschlag wird seitens des Gremiums gefolgt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die 8.Sitzung

Einwände gegen die Niederschrift über die 8. Sitzung werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt als ungeändert genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende übergibt das Wort an die anwesende Einwohnerschaft. Die Vertreter der Initiative für einen gastfreundlichen Fremdenverkehr, die sich im Vorfeld schriftlich unter Beifügung von zahlreichen Unterschriften an die Stadt Wyk auf Föhr mit der Intention gewandt haben, den Entschluss zur Einführung von gebührenpflichtigen Parkplätzen am Südstrand zu revidieren, wird im Rahmen der Einwohnerfragestunde Gelegenheit gegeben, ihre Beweggründe darzulegen.

Die Wortführerin führt zahlreiche Gründe an, die aus Sicht der Initiative gegen die Einführung von Parkgebühren in strandnahen Bereichen sprechen würden. Hauptargument stellt die Sorge über ein mögliches Ausbleiben der Gäste dar.

In diesem Zusammenhang wird seitens der Initiative das Zustandekommen des Beschlusses kritisiert, da es an einer entsprechenden Einbindung der Öffentlichkeit gefehlt habe. Ferner wird Kritik geübt an der Informationspolitik der städtischen Gremien; es ist auf Seiten der Betroffenen der Eindruck erweckt worden, dass die Öffentlichkeit bewusst nicht hinreichend über das Ansinnen der Stadt Wyk auf Föhr ins Bild gesetzt worden wäre.

Im Anschluss an die Ausführungen der Bürgerinitiative begegnet Bgm. Lorenzen dem Vorwurf der unzureichenden Unterrichtung der Öffentlichkeit mit dem Hinweis auf die allgemeine Verfahrensweise und legt ausführlich dar, wie dieser Beschluss letztendlich zustande gekommen ist. Der Vorwurf einer ungenügenden Beteiligung der Öffentlichkeit ist dann nicht aufrecht zu erhalten, wenn man beachtet, dass sämtliche Sitzungen öffentlich abgehalten wurden, die Niederschriften für jeden Interessierten einsehbar waren bzw. sind und auch die Einladungen öffentlich bekannt gemacht wurden. Zumal dieses Thema mehrfach in unterschiedlichen städtischen Gremien –durchaus kontrovers– diskutiert worden ist. Auch durch die Presse ist dieses Thema wiederholt aufgegriffen worden.

Fast ausschließlich um den beschwerdeführenden Einwohnern die Gelegenheit zu geben, sich mit entsprechenden Sachargumenten einzubringen, ist der heutige Termin anberaumt worden. Es gilt zu prüfen, ob die hier vorgebrachten Argumente hinreichend begründet sind, um den Beschluss der Stadtvertretung zu revidieren.

Bgm. Lorenzen macht zudem deutlich, dass die aktive Beteiligung der Einwohnerschaft nach Abschluss des TOP 4 nach den Regelungen der Gemeindeordnung nicht mehr

möglich ist, d.h. der offene Brief der Initiative ebenso wie die vorgebrachten Argumente werden anschließend unter TOP 5 öffentlich, wenn auch ohne Beteiligung der Einwohnerschaft, diskutiert.

Die CDU-Fraktion macht an dieser Stelle unter Verweis auf eines der vorgebrachten Argumente deutlich, dass der Beschluss bezüglich des Ausbaus von Parkmöglichkeiten im Bereich der ehemaligen Kurverwaltung nicht einhergegangen ist mit dem Beschluss über die Bewirtschaftung von strandnahen Bereichen. Diese Maßnahmen sind getrennt voneinander zu betrachten.

Auf Nachfrage des Bgm. bezüglich der Reaktion der Föhr Tourismus GmbH auf die vorgebrachten Befürchtungen der Initiative, berichtet die Wortführerin, dass eine schriftliche Stellungnahme des Geschäftsführers vorliegen würde. Diese wird anschließend verlesen. Zusammenfassend kann wiedergegeben werden, dass seitens der FTG ein Gästerückgang durch die Einführung von Parkgebühren nicht zu erwarten sei. Obwohl die Maßnahme unpopulär erscheine, müsse doch der Beschluss der Stadtvertretung respektiert werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Vorsitzende schließt den TOP 4.

5. Parkraumbewirtschaftung am Südstrand sowie an strandnahen Bereichen - Offener Brief der Initiative für einen gästefreundlichen Fremdenverkehr-

Der Vorsitzende fasst die Beschlussfassung nochmals chronologisch zusammen. Festzustellen ist, dass diese Thematik drei städtische Gremien passiert hat. Die Beschlüsse wurden knapp gefasst, und der Beschlussfassung gingen kontroverse Diskussionen voraus. Nichtsdestotrotz hat die Stadtvertretung in der Sitzung vom 26.04.2012 empfohlen, dass der Ausschuss für öffentliche Einrichtungen sich erneut mit dem Vorhaben sachlich auseinander setzen soll.

Im Anschluss an die einleitenden Worte, bittet der Vorsitzende das Gremium um Wortmeldungen.

Die CDU-Fraktion stellt klar, dass die ablehnende Haltung –losgelöst von den hier vorgebrachten Einwüfen- nach wie vor Bestand hat. Man spricht sich klar gegen die Einführung von Parkgebühren aus.

Aus der KG-Fraktion wird deutlich gemacht, dass nicht die Generierung von zusätzlichen Einnahmen im Vordergrund gestanden habe. Dieser Umstand stellt lediglich einen positiven Nebeneffekt dar. Der Antrag der Fraktion verfolgte die ursprüngliche Intention, dem Problem der Dauerparker wirksam zu begegnen. Es entspricht den Tatsachen, dass viele Vermieter ihre Gäste auf die öffentlichen Parkplätze verweisen, weil diese anscheinend über unzureichende eigene Stellflächen verfügen. Dies hat zur Folge, dass kaum Parkraum für Strandbesucher zur Verfügung steht.

Der Vertreter der Grünen greift das Ansinnen der KG in Bezug auf das Dauerparkerproblem auf und stellt fest, dass es sinnvoll erscheine, eine Parkgebühr dort einzuführen, wo tatsächlich überwiegend Dauerparker anzutreffen seien.

Ein Vertreter der CDU stellt fest, dass die Stellplatzfrage eine außerordentlich sensible sei, und an dieser Stelle nicht näher erörtert werden sollte. Aus Sicht der Christdemokraten ist fraglich, ob die Verwaltung des Amtes personell in der Lage ist, diese zusätzlichen Aufgaben wahrzunehmen. Auch die Feststellung, dass die Amortisierung der Investition kurzfristig zu erreichen wäre, ist nach Auffassung der CDU sehr fraglich.

Der Bgm. verweist auf die Attraktivität der Parkplätze. Durch die exponierte Lage und eine zu erwartende Fluktuation, kann mit einem hohen Gebührenaufkommen gerechnet werden, was auch eine kurze Amortisationszeit bedeuten würde. Es besteht im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage auf Seiten der Kommunen die Verpflichtung, die Einnahmesituation zu prüfen und der finanziellen Kalamität durch geeignete Maßnahmen zu begegnen. Parkgebühren stellen in diesem Zusammenhang ein probates Mittel dar. Auch andere Entgelte, wie z.B. die Erhebung einer Strandbenutzungsgebühr, wer-

den in einem vorliegenden Erlass des Finanzministeriums als angemessene Instrumente erwähnt. Hier stellt sich zudem die Frage der Gleichberechtigung, wenn es um die Entgelderbringung für kommunale Leistungen geht. Vergleichbar attraktive Stellplätze im Stadtzentrum sind ebenfalls gebührenpflichtig. Dem Nutzer ist es außerdem frei gestellt, ob er einen gebührenpflichtigen Parkplatz wählt oder auf anderen Parkraum ausweicht.

An dem Beschluss der Stadtvertretung sollte auf jeden Fall festgehalten werden. Die letzte Aussage des Bgm. findet seitens der KG-Fraktion Zuspruch. Es muss auch darum gehen, die Einnahmesituation zu verbessern. Alternative Parkmöglichkeiten, für die keine Gebühren erhoben werden, sind in ausreichender Zahl vorhanden. Die CDU stellt heraus, dass es in diesem Kontext doch sinnvoll sein kann, dem allgemeinen Trend der Gebühreneinführung nicht zu folgen. Zumal hier erneut der Autofahrer belastet wird.

Die Mitglieder des Gremiums wiederholen zusammenfassend die Standpunkte der Fraktionen. Bevor ein abschließendes Meinungsbild des Ausschusses abgegeben werden soll, gilt es auf Einwurf der CDU klarzustellen, dass nicht sämtliche Parkbuchten einer Gebührenpflicht unterliegen dürften, da es in manchen Bereichen Sonderregelungen zu beachten gilt. Anliegende Cafes z.B. haben für ihren Betrieb angemessenen Stellraum abgelöst. Für diese dürften dann keine Gebühren erhoben werden. Auf Anregung eines CDU-Mitglieds wird der Vorsitzende gebeten, den Ausschuss zu befragen und ein Votum dahingehend abzugeben, dass die Stadtvertretung ihren Beschluss zur Parkraumbewirtschaftung am Südstrand aufhebt.

Der Vorsitzende geht der Bitte nach, und bittet den Ausschuss um Handzeichen, ob der Stadtvertretung die Empfehlung ausgesprochen werden soll, ihren Beschluss zur Parkraumbewirtschaftung am Südstrand und an strandnahen Bereichen zu revidieren.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 4
 Nein-Stimmen: 7

Der Stadtvertretung soll keine Empfehlung ausgesprochen werden, ihren Beschluss zur Erhebung von Parkgebühren aufzuheben.

6. Bericht der Verwaltung

Der Vorsitzende erteilt dem Amtsleiter der Ordnungsbehörde das Wort.

Die Verwaltung berichtet, dass für ca. 7 Wochen auch in diesem Jahr ein gewerbliches Bewachungsunternehmen die Innenstadt und die Strandbereiche in den Nachtstunden bewachen wird. Diese Maßnahme wird ca. 17.000 € kosten. Der finanzielle Beitrag der Einwohnerschaft ist im Vergleich zum Vorjahr zurück gegangen. Die verbleibenden Kosten würden zwischen dem Städtischen Hafendienst, der formal auch als Auftraggeber auftritt, und der Stadt Wyk auf Föhr geteilt werden.

Am 01. Mai erfolgte eine Überprüfung nachdem Ladenöffnungszeitengesetz. In diesem Rahmen wurden 47 Betriebe überprüft. Es konnte lediglich eine Beanstandung gemacht werden, die anschließend zu verfolgen war.

In der 8. Sitzung wurde die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, schwerlastigen Fahrzeugen die Nutzung von bestimmten Straßenzügen, die aufgrund ihrer Beschaffenheit dafür schlicht ungeeignet sind, zu untersagen.

Laut Auskunft des örtlichen Bauamtes, ist das Straßennetz der Stadt Wyk auf Föhr regulär für 40 Tonnen ausgelegt. Für Schwerlasttransporte ist ein Verwaltungsverfahren mit vorgelagerter Beweissicherung vorgesehen. Bedenken des Straßenbaulastträgers würden hier Beachtung finden.

Der Anfragende aus der Fraktion der KG konkretisiert sein Anliegen aus der 8. Sitzung und bezieht sich unter anderem auf den Rebbelstieg, der durch den maroden Unterbau für Schwerlastfahrzeuge völlig ungeeignet wäre. Hier müsste es aus Sicht der Stadt möglich sein, eine Gewichtsreduzierung durchzusetzen, um zusätzliche Belastungen verhindern zu können.

Die Verwaltung erwidert, dass ein solches Ansinnen im Rahmen einer Verkehrsschau zu erörtern wäre. Auch ein begründeter Antrag bei der Straßenverkehrsbehörde ist im Einzelfall möglich. Allerdings wäre hierzu ein Gutachten notwendig, um den Antrag hinreichend begründen zu können. Die Polizei in Niebüll wäre zudem regelmäßig vor Ort; auch um Gewichtskontrollen durchzuführen. Wenn es um die Kontrolle einzelner Baustellen geht, so könnte mit der Polizeistation Niebüll Kontakt hergestellt werden.

7. Antrag der SPD bezüglich der Situation der Märkte

Der Vorsitzende verliest den Antrag der SPD, der zum Inhalt hat, dass die Situation der Märkte aufgegriffen werden soll.

Die Ausschussmitglieder gehen konform in der Überzeugung, dass der Antrag der SPD zunächst in den Fraktionen beraten und die SPD Gelegenheit erhalten soll, den Antrag inhaltlich weiter zu bestimmen. Anschließend sollen die Anregungen gesammelt und der Kreis der Beteiligten für eine mögliche Arbeitsgruppe festgelegt werden.

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen, diesen Antrag innerhalb von 14 Tagen zu besprechen, damit noch in dieser Saison möglicher Handlungsbedarf festgestellt werden kann. Anregungen können an die Ordnungsbehörde gemeldet werden.

8. Verschiedenes

Ein Mitglied des Gremiums richtet die Bitte an die Ordnungsbehörde dafür Sorge zu tragen, dass Parkplatzsuchende in der Hafenstraße nicht auf die privaten Stellflächen eines anliegenden Betriebes verwiesen werden. Dies sein nämlich durch einen Außendienstmitarbeiter, sehr zum Leidwesen des Gewerbetreibenden, geschehen. Die Ordnungsbehörde sagt zu, diesen Einwurf zu überprüfen.

Ein weiteres Mitglied des Ausschusses bittet die Verwaltung, im Rahmen des Außendienstes den Kreuzungsbereich Badestraße/ Rungholtstraße in Augenschein zu nehmen.

Abschließend rückt die Kreuzungssituation Fehrstieg/ Nieblumer Chaussee in den Fokus des Ausschusses. Diese Thematik wurde vor einigen Jahren bereits intensiv erörtert.

Die Errichtung einer Querungshilfe scheiterte damals an den ermittelten Kosten, die sich auf eine Summe zwischen 30. und 40.000 € belaufen habe.

Der Ausschuss ist sich einig, dass dieses Thema erneut behandelt werden soll. Unter

Beteiligung der Gemeinde Wrixum sollen mögliche Varianten eruiert und die notwendigen Kosten in die Haushaltsplanung für 2013 berücksichtigt werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 19:40 Uhr.

Dr. Manfred Hinrichsen

Marco Christiansen